

01.07.03**Unterrichtung****durch die Bundesregierung**

Mitteilung der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Ersten Verordnung zur Änderung der Düngeverordnung

Der Parlamentarische Staatssekretär Matthias Berninger bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat mit Schreiben vom 27. Juni 2003 zu der o.g. Entschließung des Bundesrates (Drs. 937/02 (Beschluss)) folgendes mitgeteilt:

Der Bundesrat hat in seiner 785. Sitzung am 14. Februar 2003 eine Entschließung gefasst, in der er anlässlich der ersten Änderung der Düngeverordnung die Bundesregierung bittet, „unverzüglich und noch vor einer umfassenden Novellierung der Düngeverordnung den in der EU-Nitratrichtlinie aufgezeigten Gestaltungsspielraum hinsichtlich der zulässigen Höchstmenge ... für die Ausbringung von Stickstoff aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft zu nutzen ...“.

Eine solche Ergänzung ist bei sorgfältiger Ausgestaltung der fachlichen Rahmenbedingungen auch aus meiner Sicht wünschenswert.

Eine derartige Änderung setzt jedoch umfassende Beratungen mit den Ressorts und eine sorgfältige Abstimmung mit der Europäischen Kommission (KOM) voraus. Die KOM ist in vergleichbaren Fllen wegen aus ihrer Sicht unzureichender Entwürfe dem Anliegen des betreffenden Mitgliedstaates nicht gefolgt.

Im übrigen käme die von den Ländern angestrebte Regelung einem Vorziehen eines Teils der Neufassung der Düngeverordnung gleich.

Vor diesem Hintergrund hält die Bundesregierung es nicht für zielführend, das in der Sache berechnigte Anliegen der Länder in einer eigenständigen Verordnung zu regeln. Vielmehr beabsichtigt sie, die umfassende Novellierung der Düngeverordnung zu beschleunigen und erbittet dazu auch die Unterstützung der Länder.